

Ulrich von Alemann
Christoph Strünck

Die neue Koalitionsrepublik.

FDP, Bündnis90/Die Grünen und die PDS im vereinigten Parteiensystem

1. Mehr Bonn oder mehr Weimar?

Die deutsche Wiedervereinigung war die Stunde der Hellseher und der Schwarzmaler, der Propheten und der Kassandras. Auch die neue deutsche Parteienlandschaft wurde von ihnen vermessen, doch die anschließenden Berechnungen fielen ungünstig aus. Es bestehe die Gefahr, dass sich das deutsche Parteiensystem wieder radikalisiere, polarisiere und letztlich in getrennte ideologische Blöcke auseinanderfalle, ähnlich wie in Weimar (vgl. Veen 1995). Diese düstere Prognose verdankte sich vor allem den Grünen und der PDS als den kleineren, links von der SPD siedelnden Parteien.

Doch was ist seitdem geschehen? Die Grünen haben sich endgültig ins parlamentarische System integriert und viele liberale Positionen adaptiert, die FDP findet wieder zu einer neutralen machtstrategischen Koalitionsstrategie zurück, die PDS mutiert zu einer regionalen linken Volkspartei. Das Parteiensystem hat sich eher stabilisiert, allerdings auch differenziert, denn die ostdeutsche Parteienlandschaft hat ein eigenes Drei-Parteien-System mit stark eingeschränkter Koalitionsfähigkeit entwickelt. Ist also alles normal? Nicht unbedingt.

Gerade die drei kleineren Parteien haben dafür gesorgt, dass die Situation des ehemaligen deutschen „Zweieinhalb-Parteien-Systems“ unübersichtlich geworden ist. Zwei von ihnen, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS, verkörpern zudem die beiden unterschiedlichen politischen Kulturen. Die 68er-Spätlese der Grünen hat trotz einiger neugewonnener Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR im Grunde von allen Parteien das stärkste „westliche“ Profil in puncto Wählerschaft und Mitgliedschaft. Auch beim Spitzenpersonal ist die Partei früherer Anti-Westler ironischerweise massiv verwestlicht. Zieren bei den anderen Parteien auch bekannte ostdeutsche Politiker wie Angela Merkel (CDU), Wolfgang Thierse (SPD) oder – mit Abstrichen – Cornelia Pieper (FDP) die Funktionärsreihen, fällt bei den Grünen kein einziger ostdeutscher Prominenter mehr auf. Werner Schulz als parlamentarischer Geschäftsführer ist nur Kennern der Szene bekannt.

Das ostdeutsche Gegenstück ist die PDS. Sie wird in der Politikwissenschaft mehrheitlich als „ostdeutsche Regional- oder Milieupartei“ bezeichnet, deren Spitzenpositionen ebenfalls samt und sonders mit ostdeutschen Personen besetzt sind, was auch für ihre Aushängeschilder gilt (vgl. Neu 2000; Neugebauer/Stöss 1996; Neugebauer 2000). Im Westen ist die PDS praktisch nur eine virtuelle Partei mit einer winzigen Mitgliedschaft und fast genauso winzigen Wählergemeinde.

Dennoch gibt es wichtige Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und PDS, wenn es um ihre Funktion im deutschen Parteiensystem geht. In den 90er Jahren ist die Volatilität, also die Stimmenverschiebungen bei Wahlen, auf der Ebene der Bundesländer stark gestiegen. In Ostdeutschland kam es deshalb allein 1994 zu vier Koalitionswechseln, und auch in den westlichen Ländern sank die Regierungsstabilität (vgl. Niedermayer 1997). Daran waren die Grünen im Westen und die PDS im Osten maßgeblich beteiligt. Die Koalitionsmöglichkeiten sind dank der kleineren Parteien eher noch gewachsen. Die spezielle Wählerklientel in den neuen Bundesländern beschleunigt sogar noch einen Trend, den die Wahlsoziologie in allen modernen Massendemokratien ausmacht: Die Parteibindung nimmt ab, rationales, aber auch stimmungabhängiges Wählen oder Nicht-Wählen nehmen zu. Berücksichtigt man noch die neugewonnenen Koalitionsmöglichkeiten, so ist die Politik in den 90er Jahren viel spannender geworden. Denn in den 90er Jahren zeigte sich so deutlich wie selten zuvor, wie

unberechenbar die politische Konjunktur mittlerweile für die Parteien geworden ist, gerade für die kleineren. Im Vergleich zu den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung hat sich die Situation der einzelnen Parteien zum Teil radikal verändert. Doch das Parteiensystem ist nicht zersplittert und polarisiert worden, wie manch einer befürchtet hatte. Die Berliner Republik ähnelt viel stärker Bonn als Weimar.

2. Aufbruch oder Einbruch? Die kleinen Parteien im deutschen Vereinigungsprozess

Im Wende-Jahr 1990 hätten die Wendungen des Schicksals nicht unterschiedlicher sein können. Während die FDP ihre Mitgliederzahlen ganz unverhofft verdoppelte und auch ihr Wahlergebnis auf satte elf Prozent aufpöppelte, flogen die Grünen 1990 aus dem Bundestag heraus, in den sie 1987 noch mit beachtlichen 8,3 Prozent der Stimmen eingezogen waren. Außerdem trat 1990 die ehemalige SED unter dem Namen PDS zum ersten Mal bei gesamtdeutschen Wahlen an und kam dank der Grundmandatsklausel des Wahlrechts auch ins Parlament.

Mittlerweile hat sich die Lage geändert: Die Grünen haben den langen Marsch durch die Institutionen beendet und regieren die Republik, zusammen mit den Sozialdemokraten. Die FDP dagegen büßte 1998 ihre vertraute Regierungsfunktion ein und rutschte nach beinahe 30 Jahren des Mitregierens wieder auf die Oppositionsbänke. Die PDS müht sich, das Image der ostdeutschen Regionalpartei loszuwerden und bietet sich den ehemaligen Intimfeinden, den Sozialdemokraten, als Koalitionspartner an.

Am Beginn dieses Prozesses steht allerdings die Wiedervereinigung, die das deutsche Parteiensystem gründlich durcheinandergewirbelt hat. Das Jahr 1990 stutzte die üblichen Programme der Parteien auf bloßes Beiwerk zurück, denn es gab nur ein echtes Thema: die Währungsunion und den Prozess der Wiedervereinigung. Am stärksten bekamen dies die Grünen zu spüren.

Anders als die anderen westdeutschen Parteien fusionierte die ökologisch-pazifistische Partei nicht direkt mit wesensverwandten ostdeutschen Block- oder Schwesterparteien. Erst nach der Wahl von 1990 fanden die Bürgerrechtler von Bündnis 90 und die West-Alternativen trotz kultureller Differenzen zwar zusammen, wuchsen aber nicht sofort zusammen (vgl. Poguntke/Schmitt-Beck 1994). Gemeinsam wären die beiden mit knapp über fünf Prozent der Stimmen in den Bundestag gekommen; so jedoch saßen aufgrund der einmaligen Sonderregelungen nur zwei Bürgerrechtler aus dem Osten Deutschlands als Grüne in der parlamentarischen Gruppe mit dem Namen „Bündnis90/Grüne“ (vgl. Poguntke 1999). Doch darin lag nicht das Hauptproblem. Die Grünen – vor allem ihr damals noch sehr reger fundamentalistischer Flügel – lehnten die Wiedervereinigung ab. Das alleine hätte sie wohl nicht unbedingt aus dem Parlament katapultiert. Aber ökologische Politik – mit der die Grünen wesentlich identifiziert wurden – war im Einigungsjahr ein Ladenhüter. Für einen Teil der bürgerlichen Grünen-Wähler war zudem Oskar Lafontaine als SPD-Spitzenkandidat so attraktiv, dass sie überwechselten. Auch Lafontaine war kein Freund des Vereinigungsprozesses, er lehnte die Währungsunion ab, und auch er versuchte sich mit ökologischen Themen („Der neue Weg“) zu profilieren. Die SPD erlebte eine große Schlappe bei den Wahlen, doch den Grünen wurde regelrecht der Boden unter den Füßen weggezogen: Ohne die politischen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen von Bundestagsmandaten lief die Partei Gefahr, aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit zu verschwinden und mit schlecht organisierten Wahlkämpfen die eigenen Chancen noch weiter zu verringern.

Starken Aufwind aus Richtung Osten bekam hingegen die FDP zu spüren, was in erster Linie einem Politiker zu verdanken war: Hans-Dietrich Genscher. Denn in den Augen der DDR-Bürger war es nicht Helmut Kohl, sondern Genscher, der den Stein ins Rollen gebracht hatte.

Es gibt ein Bild, in dem dieses Gefühl ganz auf Genscher übertragen wurde, ein Bild, das später von Mauerspechten und deutsch-deutschen Glückstänzen übertüncht wurde: Der liberale Außenminister steht auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag und verkündet den DDR-Flüchtlingen im Garten des Barock-Palais, dass sie in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen dürfen. Das war der Anfang vom Ende der DDR. Auch im anschließenden zwei plus vier-Prozess führte Genscher häufig das Wort. Hinzu kam noch, dass Halle an der Saale seine Heimatstadt war und er den Dialekt nie verloren hatte oder auch nur verleugnen konnte. Diese außergewöhnliche emotionale Aufladung bescherte der FDP das Traumergebnis von elf Prozent, eine absolute Ausnahmesituation, wie sich später zeigte (vgl. Dittberner 1997). Doch sie demonstrierte einmal mehr, wie wichtig gerade für die kleineren Parteien politische Persönlichkeiten sind, ein Thema, mit dem Bündnis90/Die Grünen bis heute hadert.

Ganz anders die PDS: Ein Zufall führte dazu, dass die in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannte SED eine Lektion westlicher Demokratien sehr schnell lernte: die Personalisierung der Politik. Mit Gregor Gysi, dem eloquenten Rechtsanwalt aus Ost-Berlin, schob sich ein rhetorisches und politisches Ausnahmetalent an die Spitze der organisierten Kommunisten, das schnell zum Liebling der Medien avancierte. Doch gerade der Fall Gysi zeigt, dass sich Personen nicht unabhängig von Parteien profilieren können. In der SPD hätte Gregor Gysi nicht die Rolle des zubeißenden underdogs, gemiedenen Aussätzigen und Anwalts der Entrechteten spielen können. Er brauchte die Kulisse einer regionalen Protest- und Milieupartei. Je stärker er behauptete, von der etablierten Politikerkaste geschnitten zu werden, desto mehr Aufmerksamkeit widmeten ihm die Medien. Gysi konnte gar nicht mundtot gemacht werden, weil er sich und damit seine Partei ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zog.

Doch an seiner Inszenierung entzündete sich ein Konflikt, der mittlerweile die PDS ähnlich erhitzt wie die Grünen (vgl. Neugebauer/Stöss 1999). Wie kann man sich an Regierungen beteiligen – womit auch viele Ressourcen für künftige Wahlkämpfe erschlossen werden –, ohne die strategisch günstige Position der „Fundamentalopposition“ aufgeben zu müssen? Viele glaubten nach 1990, dass sich diese Frage für die PDS erübrigen werde, weil sich die PDS selbst nach einiger Zeit erübrige. Im jungen 21. Jahrhundert sieht das jedoch ganz anders aus. Neben der CSU hat sich die PDS als zweite stabile Regionalpartei verankert, der auch die Konrad-Adenauer-Stiftung bescheinigt, sich in ihrer Wählerschaft eher zu einer „Volkspartei“ gemausert zu haben (vgl. Neu 2000). Die PDS ist somit nur auf der Bundesebene eine „kleine“ Partei, da sie in in den neuen Bundesländern teilweise schon zweite Kraft hinter CDU oder SPD ist.

Die Wandlungen des Parteiensystems lassen sich an den drei kleineren Parteien am ehesten ablesen. Die FDP ist durch die Bundestagswahl 1998 und die vielen anderen Niederlagen aus der Umklammerung der CDU gelöst worden und sucht sich eine strategisch neutrale Ausgangsposition. Das beschert in erster Linie der SPD weitere Vorteile. Sie kann zur Not mit jeder der drei kleineren Parteien koalieren, die CDU dagegen eigentlich nur mit der FDP (vgl. Alemann 1999). Mit Westerwelle und Möllemann und ihrem kampagnehaften Politik-Stil imitiert die FDP außerdem in der Politikvermittlung stärker noch als andere Parteien den amerikanischen Stil.

Die Grünen haben sich „normalisiert“, ohne sich von allen organisatorischen Besonderheiten des Gründungsmythos schon verabschiedet zu haben. Stärker als alle Veränderungen in der Wählerschaft verändert das Regieren die grüne Partei. Zugleich hat sich der Wettbewerb zwischen den Grünen und der FDP um einen Teil der Wechsel-Wähler belebt. Und die PDS hat den ostdeutschen Bundesländern so sehr ihren Stempel aufgedrückt, dass hier ein ganz eigenes Parteiensystem entstanden ist.

3. Würze im Eintopf der Volksparteien? Die Funktionen der kleinen Parteien

Kleine Parteien erfüllen in parlamentarischen Demokratien mit Verhältniswahlrecht wie der Bundesrepublik Deutschland andere Funktionen als in parlamentarischen Demokratien mit Mehrheitswahlrecht (Großbritannien) oder Präsidialsystemen ohne eine parlamentarisch gestützte Exekutive (USA). In der Bundesrepublik geht es nicht nur darum, programmatischen Druck auf größere Parteien auszuüben, sondern Mehrheiten zu ermöglichen und Positionen in Koalitionen mit größeren Parteien auszutarieren (vgl. Rowold 1974; Stöss 1975).

Es gibt in Deutschland sogar eine Partei, deren Funktion angeblich darin besteht, ausschließlich Funktion zu sein: die FDP, die „Funktionspartei“ der Bundesrepublik. Im Kern ist damit gemeint, dass die FDP in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik vor allem als „Mehrheitsbeschafferin“ von sich reden gemacht hat, ihre wesentliche Aufgabe also darin besteht, eine zentrale Rolle in der Regierungsbildung zu spielen (vgl. Soe/Vorländer 1987). Damit verknüpft ist die unterschwellige Kritik, dass die Freien Demokraten darüber ihre programmatischen Ziele und damit ihre Funktion als liberales Korrektiv vernachlässigt hätten. Theoretisch betrachtet ist dies nämlich die zweite wichtige Funktion kleiner Parteien: Sie ermöglichen einerseits die Regierungsbildung, aber sie korrigieren auch programmatische Schwerpunkte der größeren Parteien (vgl. Smith 1991). Das Zweite klappt auch dann, wenn die kleine Partei keinerlei Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung hat, wie etwa die Grünen im amerikanischen Regierungssystem beweisen. Dort aber können sie in teuren Wahlkämpfen die Mehrheiten der Demokraten bedrohen, die darauf reagieren, indem sie einige programmatische Punkte der Grünen übernehmen (vgl. Strünck 2000).

Es kann allerdings auch nicht verwundern, dass *die* Regierungspartei der Bundesrepublik – insgesamt waren die Freien Demokraten bis 1998 nur drei Jahre in der Opposition – an inhaltlichem Profil verloren hat. Denn ihre programmatische Erkennungsmelodie komponieren Parteien am ehesten in der Opposition. Dann werden neue Grundsatzprogramme entwickelt, Kampagnen gestartet und politische Positionen entwickelt (vgl. Alemann 2000). Regieren verlangt hingegen die Bereitschaft zu Kompromissen und Anpassung an den Koalitionspartner; außerdem wird politisches Handeln vom Geschehen auf europäischer und internationaler Ebene mitbestimmt. Das eigene Profil schwimmt dabei.

So gesehen hätten die Grünen stets ein unverwechselbares Gesicht haben müssen, da sie bis 1998 die Oppositionsrolle im Bund verinnerlicht hatten. Doch dieser Verdacht ist relativ unbegründet. Schließlich gab es schon in den 80er Jahren und dann in den 90er Jahren Testläufe für die Regierungsbeteiligung, erst in Hessen, dann in Schleswig-Holstein und schließlich sogar in Nordrhein-Westfalen. Letzteres war dann die Generalprobe für eine Regierungsbeteiligung in Berlin. Während die FDP gerade von der Macht entwöhnt wird, gewöhnen sich die Grünen daran. Und die PDS regiert längst mit, nicht nur in den ostdeutschen Kommunen, sondern auch in zwei Bundesländern: in Mecklenburg-Vorpommern direkt mit der SPD, in Sachsen-Anhalt als parlamentarischer Mehrheitsgarant für die SPD, die eine Minderheitsregierung stellt. Und auch in Berlin, das von zwei abgewirtschafteten Volksparteien dominiert wird, steht die PDS vor den Toren der Macht

Zwei Funktionen in Parteiensystemen wurden und werden von den drei potentiellen Regierungsparteien in der Bundesrepublik maßgeblich mitbestimmt: die Fragmentierung und Segmentierung (vgl. Niedermayer 1999). Wie stark fragmentiert ein Parteiensystem ist, lässt sich an verschiedenen Merkmalen erkennen. Zum Beispiel ganz schlicht daran, wie viele Parteien sich zur Wahl stellen und auch ins Parlament gewählt werden oder wie die Größenverhältnisse untereinander sind. Das deutsche Parteiensystem gehört zu den weniger stark fragmentierten Systemen, wozu die Fünf-Prozent-Hürde, aber auch die relative Stabilität der beiden großen Volksparteien beitragen. In einem föderalen Land wie der Bundesrepublik

ist allerdings Vorsicht angebracht. Auch wenn mit dem Parteiensystem meist das nationale auf der Bundesebene gemeint ist, hat man es in Deutschland mit – je nach Perspektive – sechzehn verschiedenen Parteiensystemen auf Länderebene zu tun oder mindestens mit zwei unterschiedlichen Systemen in West- und Ostdeutschland. So mag beispielsweise die PDS auf Bundesebene die Fragmentierung leicht erhöht haben; in den ostdeutschen Bundesländern jedoch hat sie die kleineren Parteien verdrängt und dadurch quasi ein relativ stabiles Drei-Parteien-System mitkonstruiert, das nur sehr schwach fragmentiert ist.

Auch in puncto Segmentierung ist die PDS von Bedeutung. Je segmentierter ein Parteiensystem, desto stärker sind die parlamentarischen Parteien voneinander abgeschottet und desto weniger praktisch denkbare Koalitionen gibt es verglichen mit der theoretisch vorstellbaren Zahl an Regierungsbündnissen. Politisch betrachtet gelten Koalitionen mit der PDS weiterhin als heikel, aus politikwissenschaftlicher Perspektive jedoch erhöhen sie vor allem für die SPD die strategischen Möglichkeiten. Das wiederum verstärkt Anreize für die CDU, sich den Grünen als möglichem Partner anzunähern.

4. Schicksalsmomente: Einschnitte in den 90er Jahren

Seitdem Jürgen W. Möllemann im Jahr 2000 einen überwältigenden Wahlsieg für die FDP in NRW errungen hat, scheint die lange Durststrecke der Partei wieder vergessen. Dabei taumelte die FDP in der zweiten Hälfte der 90er Jahre von Niederlage zu Niederlage und flog reihenweise aus den Landtagen (siehe nächstes Kapitel). Inzwischen jedoch hat sich der neue Vorsitzende Guido Westerwelle Möllemanns „Projekt 18“ auf die Fahnen geschrieben, peilt also die 18-Prozent-Marke bei der nächsten Bundestagswahl an. Und die Strategie dafür scheint schon festzustehen: Die FDP will als Kampagnen-Partei reüssieren, wie Möllemann es in NRW vorexerziert hat. Unverhoffte Hoffnung keimt bei den Liberalen auf, was in der jüngeren Vergangenheit eher selten der Fall war. Der Fall der Liberalen zeigt zweierlei: Der FDP gelingt es trotz schwacher parlamentarischer Verankerung, in der Bundespolitik weiterhin ein stabiler Faktor zu sein; außerdem demonstrieren die teilweise erstaunlichen Konjunktumschwünge im Wählervolk, wie unberechenbar mittlerweile die Unterstützung für Parteien geworden ist. Dazu trägt vor allem die Mischung aus „rationalen“ Wechselwählern und schlecht kalkulierbaren Medieneffekten bei.

In den 90er Jahren suchte die FDP noch mal eine verlorengegangene Tradition heim, der National-Liberalismus (vgl. Dittberner 1997). Der ehemalige Generalbundesanwalt von Stahl versuchte von Berlin aus, national gesinnte Liberale um sich zu scharen und diese Strömung in der FDP wiederzubeleben; klammheimliches Vorbild war die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Jörg Haiders in Österreich. Ein innerparteilicher Streit entflammte, doch es wurde nur ein Strohfeder daraus. Politikwissenschaftliche Beobachter gehen davon aus, dass eine „Haiderisierung“ keine ernsthafte Option für die FDP ist, obwohl im rechten Lager noch viel Raum sei (vgl. Lösche/Walter 1996). Denn die FDP ist fest im Bürgertum verankert und kann keine Dauer-Großkoalitionen wie in Österreich dazu nutzen, populistische Kampagnen zu fahren.

Viel bedeutsamer waren die Niederlagen eines bis dato zumindest noch bemerkbaren Flügels, nämlich der Links-Liberalen (vgl. Dittberner 2000). Der spektakuläre Rücktritt der Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger 1995 war der vorläufige Gipfelpunkt. Zuvor hatte die Parteiführung gegen die Stimmung zweier Parteitage einen Mitgliederentscheid zum „Großen Lauschangriff“ durchgesetzt, der positiv ausging. Die Spitzen der Partei wollten die CDU/CSU nicht verprellen und opferten aus der Sicht von Publizisten und Wählern damit ein zentrales Element liberaler Programmatik, den Einsatz für die Bürgerrechte. Ähnliches war zuvor schon geschehen, als auch die FDP dem sogenannten „Asyl-Kompromiß“ zustimmte, der das Grundrecht auf Asyl einschränkte.

In den Medien ließen noch verschiedene andere Ereignisse aufhorchen. 1998 versuchten Studenten in Berlin mit einem Masseneintritt in den Landesverband die bildungspolitischen Ziele nach ihrem Geschmack zu beeinflussen. Das „Projekt absolute Mehrheit“ (PAM) verlief jedoch im Sande. Allerdings ist dieses happening sicherlich nicht ganz unschuldig daran, dass Bildungspolitik wieder zu einem Kernbestandteil der Wahlprogramme geworden ist.

Einen Bumerang warf die Parteiführung in die Luft, als sie das Wort von den „Besserverdienenden“ in den Mund nahm und damit die Zielgruppe der Steuersenkungspartei FDP intern umreißen wollte. Dieses Wurfholz mähte die letzten nennenswerten Felder der Unterstützung in Ostdeutschland endgültig nieder. Fortan versuchte Guido Westerwelle, eine Art „Liberalismus mit Herz“ zu kultivieren.

In die Skandale um Wirtschaftsminister Möllemann (die „Einkaufschip“-Affäre) wurde die FDP nicht wirklich hineingezogen, da Möllemanns Selbstdarstellungsdrang in diesem Fall die positive Wirkung hatte, den Schaden durch den Rücktritt eher auf seine Person als auf die Partei zu ziehen. In der Opposition findet sich die FDP bislang besser zurecht als die CDU, die noch immer vom Parteispenskandal und der Dauerfrage nach der Kanzlerkandidatur gelähmt wird. Die FDP wechselt stattdessen ihre Strategie zwischen konstruktiver und aggressiver Opposition. Die Gesetze zur doppelten Staatsbürgerschaft und zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind beispielsweise stark von der FDP beeinflusst worden und demonstrieren, wie auch kleine Parteien aus der Opposition heraus Politik mitgestalten und den programmatischen Wettbewerb beeinflussen können.

Personell hat die FDP Neues anzubieten. Noch zielstrebigere als Jürgen Möllemann wirkte Guido Westerwelle, der nach trickreichen Umwegen endlich 2001 auf dem Parteitag in Düsseldorf an seinem Ziel angekommen war: Der langjährige Parteivorsitzende Wolfgang Gerhardt räumte diesen Posten und gab ihn für denjenigen frei, der lange schon der heimliche Vorsitzende war. Mit Guido Westerwelle steht nun ein Politikertyp an der Spitze der Liberalen, der wie kaum ein zweiter mit zurechtgeschnittenen soundbites und mediengerechten Kampagnen professionelles Polit-Marketing betreibt. Es bleibt abzuwarten, ob die ehemalige Honoratiorenpartei sich dieser „Amerikanisierung“ gewachsen zeigt.

Programmatisch rückt Westerwelle vom ursprünglichen Format der Steuersenkungspartei wieder ab. Für mögliche Koalitionen mit der SPD ist dieses Profil zu stark auf die obere Mittelschicht und Oberschicht gemünzt und auch viel zu schmal. Bildungs- und Sozialpolitik sind die Felder, auf denen sich die FDP nun stärker als zuvor profilieren will. Der neue Vorsitzende Westerwelle will die FDP gar zu einer „Bürgerpartei für alle“, einer Volkspartei neuen Typs weiterentwickeln, um den lästigen Geruch der Klientelpartei zu vertreiben.

Das Ereignis schlechthin war für die Grünen selbstverständlich der Eintritt in die Regierung 1998, Signum des kulturellen Wandels der erwachsenen Republik. Die Grünen waren die verspätete Partei der 68er-Bewegung, eine nachgeholte Gründung von Pazifisten, Sozialisten und Radikaldemokraten Ende der 70er Jahre (vgl. Müller-Rommel 1993; Raschke 1993). Fast zwanzig Jahre später repräsentiert ihr Spitzenpolitiker Joschka Fischer die Bundesrepublik als Außenminister, genehmigen grüne Politiker Atommüll-Transporte.

Zu Beginn der 90er Jahre spaltete sich die radikale Linke endgültig ab, und ebnete somit den Weg zur Regierungspartei. Doch geräuschlos trat sie nicht ab, sondern sorgte noch ein letztes Mal für Furore. Als letzte Großtat verhinderte sie 1991 auf dem Parteitag in Neumünster, dass auf der Bundesebene grüne Mitglieder die Partei in einem Amt repräsentieren und zugleich mit einem Mandat im Bundestag reüssieren konnten. Im Jahr nach der Wahlniederlage hatte sich die Schmerzgrenze immerhin soweit nach vorne geschoben, dass beinahe eine Zwei-Drittel-Mehrheit zustande gekommen wäre, diese Trennung aufzuheben. Mittlerweile ist diese Grenze wieder in weite Ferne gerückt.

Joachim Raschke, intimer Kenner der Grünen, beschreibt das in den 90er Jahren deutlich zu Tage tretende Manko der Grünen folgendermaßen: „Den Grünen fehlt es nicht an plausiblen Zielen und an hinreichenden Ressourcen. Ihr Defizit besteht in tragfähigen Zuordnungen

zwischen Personen, Zielen und Ressourcen. An Zuordnungsregeln, die zugleich effizient und demokratisch sind“ (Raschke 2001: 36). Im Grunde ist der gescheiterte Versuch Joschka Fischers, auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1999 in Erfurt als Regierungspartei nun doch die Trennung von Amt und Mandat durchzudrücken, kein Triumph für die Gegner des Außenministers. Denn sie verkennen ein Paradoxon: Solange die Grünen sich keine Möglichkeiten schaffen, profilierte Personen der Öffentlichkeit zu präsentieren und ihnen Machtmittel in die Hände zu geben, liegt die eigentliche Macht immer bei denjenigen, die sich relativ autonom von der Partei profilieren können, also bei Menschen wie Joschka Fischer oder Jürgen Trittin. Die Trennung von Amt und Mandat stärkt in Wirklichkeit sich selbst vermarktende Politiker und schwächt andere, das wird häufig übersehen.

Programmatisch fielen die Grünen im Jahrzehnt ihres größten Erfolges und ihrer größten Niederlagen durch mehrere Akzente auf, von denen nur wenige medientauglich waren. In Magdeburg wurde im März 1998 das Programm für die Bundestagswahl verabschiedet. Es geriet zu einer medialen Katastrophe. Das einzige, was hängen blieb, war der berüchtigte „Fünf-Mark-Beschluß“. So teuer müsse das Benzin werden, wenn die Kosten der Umweltzerstörung eingerechnet würden. Das sei allerdings nur zu verkraften, wenn es endlich das Drei-Liter-Auto gebe und die Lohnnebenkosten radikal reduziert würden. Wieder einmal schien es, als würden die Grünen in volkspädagogischer Manier das moralisch Richtige verordnen wollen. Doch im Grunde offenbarte es nur das strategische Defizit der Grünen, mit den Mitteln der Mediengesellschaft zurechtzukommen, was einzelne Köpfe unter ihnen durchaus virtuos beherrschen (vgl. Wiesenthal 2000).

Bis dahin hatte sich jedoch längst vieles verändert, nur eben weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hatten einzelne in der Partei begonnen, das Etikett der reinen Umweltpartei abzulösen. Oswald Metzger und Christiane Scheel dirigierte als finanz- und haushaltspolitische Experten die Grünen auf einen fiskalisch konservativen und im Ansatz liberalen Kurs, Andrea Fischer setzte auf mehr Wahlfreiheit in der Sozialpolitik und eine Abkehr vom Sozialversicherungsstaat. Im Grunde stehen auch die Verfechter der Ökosteuer auf dem Boden einer konsequent marktwirtschaftlichen Politik, die die Knappheit von Gütern akzeptiert und Preis-Signale setzen will. Die Grünen sind mittlerweile in vielen Punkten (wirtschafts-)liberaler als einige Traditions-Truppen der Sozialdemokratie, aber auch als Teile der CDU.

Und dann gab es noch die Kosovo-Debatte. Sie konnte nur aufkommen, als die Grünen schon an der Regierung beteiligt waren, denn jetzt mussten sie möglicherweise einen militärischen Einsatz als Partei mitverantworten und dabei zwei Prinzipien opfern: Gewaltfreiheit und Bindung an UN-Beschlüsse. Im Mai 1999 fand in Bielefeld der Parteitag statt, auf dem ein Farbbeutel auf Joschka Fischer geschleudert wurde. Der Verlauf des Parteitages zeigte, dass die für die Grünen typischen Strömungen auch „Seitenwechsel“ zulassen, die Regierungspolitik unterstützen können. Die beiden außenpolitisch bedeutsamen Linken Ludger Volmer und Angelika Beer stützten überraschend die Linie des Außenministers und trugen so dazu bei, dass der Antrag des Parteivorstandes für den Militäreinsatz mit 58 Prozent der Stimmen angenommen wurde (vgl. Raschke 2001). In der Frage des Kosovo-Einsatzes offenbarte sich den Grünen wie der Öffentlichkeit, dass die ehemalige Anti-Parteien-Partei sich wie alle Parteien wandelt, die an der Regierung beteiligt sind.

Diese Beteiligung war durch eine Koalition im wichtigsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, 1995 vorbereitet worden, zunächst mit Johannes Rau als Ministerpräsidenten, später mit Wolfgang Clement. Und auch hier wurden Prinzipien der Grünen auf eine harte Probe gestellt, weil die SPD den Braunkohletagebau Garzweiler genehmigen wollte. Auch die sozialdemokratische Infrastrukturpolitik - Flughafenausbau und neue Autobahnen - stößt die Grünen vor den Kopf. In der Neuauflage seit Mai 2000 haben sich die Grünen noch stärker ins Kompromißgeschäft der Regierungspolitik eingefunden, ohne bislang an den

innerparteilichen Konflikten zu zerbrechen. Sie sind - so betrachtet - längst eine „normale“ Partei.

Die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) – was dem programmatischen Anspruch nach auch die SPD ist – konnte nicht lange auf ihre Massenmitgliedschaft und -wählerschaft als ehemalige SED bauen. Allein zwischen der ersten freien Volkskammerwahl und der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 verlor die PDS die Hälfte ihrer Wähler (vgl. Moreau 1992). Auch die Mitgliedschaft – die im übrigen stark überaltert ist – schmilzt immer mehr ab. Doch seit 1992 hat sich die Situation rapide verbessert. Zum Teil ist die PDS bereits zweitstärkste Kraft in einigen neuen Bundesländern; in vielen Städten und Gemeinden bestimmt die Partei die örtliche Politik. 1998 zog die PDS sogar in Fraktionsstärke wieder in den Bundestag ein.

Der für die zukünftige Strategie der Partei wichtigste Schritt war sicherlich die Beteiligung an der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern 1998, als Juniorpartner der SPD. Erstmals übernahm die PDS damit Regierungsverantwortung, nachdem sie seit 1994 schon in Sachsen-Anhalt eine SPD-Minderheitsregierung parlamentarisch stützt, im sogenannten Magdeburger Modell. Das Abwägen zwischen Regieren und Opponieren ist eine Kardinalfrage für die PDS. Schließlich setzt die Partei durchaus auf populistische Mobilisierung und Fundamentalkritik, zwei Instrumente, die sich in der Regierung nicht durchhalten lassen. Die PDS steckt daher in einem Dilemma, das dem der Grünen vergleichbar ist.

In Westdeutschland hat die Partei immer noch nicht Fuß gefasst; die Wahlergebnisse sind kümmerlich, und die PDS strahlt für die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen ein Negativ-Image aus (vgl. Neu 2000). Zur mittleren Katastrophe geriet der erste Parteitag in Westdeutschland, der 2000 in Münster stattfand. Vereinzelt gelang es, mit extremen Positionen die Delegierten zu spalten und die Führungsscrew um Gregor Gysi bis aufs Blut zu reizen. In der Öffentlichkeit präsentierte sich die PDS als eine gesplante Partei: Hier der medienorientierte und populäre Gysi mit dem konzilienten und integrierenden Lothar Bisky als Parteichef, dort wild schlagende Flügel, die sich mehr um die große gesellschaftliche Theorie als um die kleinteilige politische Praxis kümmern. Programmatisch hat sich die PDS mittlerweile ein links-alternatives patchwork aus Ökologie, Pazifismus, wohlfahrtsstaatlicher Rhetorik und direktdemokratischen Positionen zusammengestrickt, das diese Kluft zumindest auf dem Papier überbrückt.

Doch die vielen innerparteilichen Auseinandersetzungen waren es schließlich, die sowohl Gregor Gysi als auch Lothar Bisky dazu bewogen haben, ihre jeweiligen Ämter als Fraktions- bzw. Parteivorsitzender in Münster zur Verfügung zu stellen. Beide Politiker garantierten der PDS bis dato hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, Gysi sehr stark auch im Westen, Bisky vor allem im Osten. Gysi mobilisierte und Bisky integrierte, eine ideale Besetzung. Die neue Führungsspitze – Roland Claus als Fraktionschef im Bundestag und Gabi Zimmer als Bundesvorsitzende – erschweren zumindest die erklärte Strategie, sich auch in Westdeutschland stärker zu verankern, um auf Dauer die Fünf-Prozent-Hürde hinter sich zu lassen. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, dass in der Bundestagsfraktion die westdeutschen Abgeordneten mit 19 Prozent gemessen an den Stimmenanteilen deutlich überrepräsentiert ist (vgl. Neu 2000). Im Westen stagniert, im Osten stabilisiert sich die PDS in den 90er Jahren.

5. Die Qual der Wahl: Resultate und Trends

Wir Bürger sind auf Bundestagswahlen fixiert. In einem föderalen Land wie der Bundesrepublik herrscht jedoch fast immer Wahlkampf, sowohl in den Bundesländern als auch in den Kommunen. Ergebnisse und Stimmungen in diesen „Nebenwahlen“ sind für die kleineren Parteien noch viel bedeutsamer als für die beiden Volksparteien. Entsprechend werden sie auch von den Medien unter die Lupe genommen.

Von 1993 an diagnostizierten Beobachter das langsame Sterben der FDP, die von Landtagswahl zu Landtagswahl an Prozenten verlor; zwischen 1993 und 1995 prallten die Liberalen bei dreizehn Landtags- und Europawahlen an der Fünf-Prozent-Hürde ab (vgl. Vorländer 1995). Immer mehr Mandate gingen verloren und damit auch die Ressourcen für Wahlsiege. Nur bei der Bundestagswahl von 1994 konnten sich die Freidemokraten wieder einmal auf besorgte CDU-Wähler verlassen, die ihre Zweitstimme hergaben, um dem „bürgerlichen Block“ die Mehrheit zu sichern. Das Ergebnis: 6,9 Prozent. Vier Jahre nach den fulminanten elf Prozent hatte sich gezeigt, dass es der FDP nicht gelungen war, alte liberale Traditionen in den neuen Bundesländern wiederzubeleben. Der Genscher-Bonus war nach dem Ausscheiden des Außenministers aus der Regierung verfallen. Die Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern drückten das drastisch aus, denn zwischen 1990 und 1994 verlor die Partei dort bei jeder Landtagswahl einen Großteil der Stimmen, in Sachsen-Anhalt (Genschers Heimat) sogar 15,6 Prozentpunkte.

Sofort nach der Bundestagswahl von 1994 brach eine Diskussion los, ob sich die FDP nun endgültig zum Erfüllungsgehilfen der CDU habe degradieren lassen. Für gewöhnlich suchen Parteien in einer solchen Orientierungsphase ihr Heil im Austausch von Personal. Genauso machte es auch die FDP. Der glücklose Parteivorsitzende Kinkel erkannte die Zeichen der Zeit, trat zurück und wurde nach einer Kampfabstimmung von Wolfgang Gerhardt beerbt, der wiederum im Jahr 2001 dem neuen Vorsitzenden Guido Westerwelle Platz machte. Der damals in der Kampfabstimmung Unterlegene hieß Jürgen W. Möllemann, der sich diese Schmach offenbar merkte und nach kurzer Verschnaufpause wieder zum führenden Liberalen aufgestiegen ist, zumindest was seinen persönlichen Ehrgeiz und die öffentliche Aufmerksamkeit angeht. Auch in der Programmdiskussion wurden neue Zeichen gesetzt. Generalsekretär Westerwelle wollte seine Organisation vor allem als Steuersenkungspartei profilieren und riskierte in den Entscheidungen zum Lauschangriff und zum Asylrecht den Konflikt mit den Bürgerrechtlern und Linksliberalen in der FDP. Die nächsten Landtagswahlen in 1996 gingen erfreulich aus, weil die FDP in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg jedes Mal die Fünf-Prozent-Hürde nahm. Damit fühlte sich Westerwelle in seinem Kurs bestätigt.

Doch die psychologisch entscheidenden Daten sind 1998 und 2000, die eher ernüchternde Bundestagswahl sowie die extrem erfolgreiche Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Mit 6,2 Prozent sank die FDP im Jahr 1998 auf einen neuen Tiefstand. In den neuen Bundesländern war sie auf das Niveau einer Kleinstpartei unter fünf Prozent geschrumpft. Die FDP war wegen ihrer Treue zu Helmut Kohl mit in den Strudel gerissen worden (vgl. Dittberner 2000). Und wieder wurde das Sterbeglöckchen geläutet. Doch dann kam die Wiederauferstehung des Jürgen Möllemann, der bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 2000 das Spitzenergebnis von 9,8 Prozent erzielte, obwohl die FDP gar nicht mehr im Landtag gesessen hatte. Dieser Wahlsieg ist in vielerlei Hinsicht von Bedeutung für die künftige Strategie der FDP. Der Wahlkampf war total personalisiert, Jürgen W. Möllemann hieß das Programm. Die inhaltliche Wahlwerbung konzentrierte sich allerdings untypischerweise auf auf drei Themen von landespolitischer Bedeutung: Bildung, Verkehr und Innere Sicherheit. Der Spitzenkandidat hatte dazu eine Kampagne nach amerikanischem Vorbild gestartet: Es gab ungewöhnliche Aktionen, Kino-Werbespots und originelle Internet-Kommunikation. Die Zielgruppe war eindeutig: Erst- und Jungwähler. Und genau dort war die FDP in NRW besonders erfolgreich. Der Wahlcoup verdankte sich allerdings auch einer sehr blassen CDU, die trotz des neuen Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers die Wähler kaum zu mobilisieren vermochte.

Trotz dieses Achtungserfolges am Ende der 90er Jahre ähnelt die FDP immer noch zu sehr einer „Dame ohne Unterleib“. Denn in Demokratien wie der Bundesrepublik zählen Faktoren wie die Verankerung in Parlamenten zu den wichtigsten materiellen wie medialen Ressourcen der Parteipolitik. Und um die ist es weiterhin schlecht bestellt mit der FDP, die im Jahr 2001

nur in sieben Landtagen vertreten ist. Auch lebt die FDP sehr stark von „Leihstimmen“. Bei der Bundestagswahl 1994 gab es nur 32 Prozent Wähler, die erneut der FDP nach 1990 ihre Stimme gaben, die anderen Wähler kamen von der CDU und von der SPD. Sie gaben ihre Zweitstimme der FDP (vgl. Stöss 1997: 125).

In Zeiten, in denen die Zahl der Wechsel-Wähler und Nicht-Wähler ständig steigt, wird der Parteienwettbewerb umso spannender. Die FDP konkurriert nicht nur mit der CDU, sondern seit geraumer Zeit auch mit den Grünen um schwankende Wählerschichten. Besonders wichtig sind dabei drei Gruppen: gutverdienende Mittelschicht-Angehörige sowie junge Wähler und Frauen. Mit ihrem Programm sprechen sowohl FDP als auch die Grünen diese Klientel ähnlich stark an. Es sind nur leichte Akzentverschiebungen zu bemerken, etwa bei den Selbständigen, die sich bei der FDP noch immer besser aufgehoben fühlen, während die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei den Grünen stärker vertreten sind. Bei beiden ist der Anteil an Akademikern überproportional hoch, doch gerade diese Gruppe tritt besonders gerne als Wechselwähler auf; auch dies heizt den Wettbewerb zwischen den beiden Parteien an (vgl. Wiesenthal 2000).

Doch bei nüchterner Betrachtung sieht man, dass die Grünen die FDP nicht wirklich beerben können; zu unterschiedlich sind die Bilder der beiden Parteien in die Köpfe der Wähler eingekerbt. Die Tatsache, dass die Grünen in vielen Politikfeldern liberale Akzente setzen heißt noch nicht, dass die Partei auch als liberale Konkurrenz wahrgenommen wird. Im übrigen demonstriert die Debatte um die Bioethik, dass sich in bestimmten Politikfeldern die Grünen viel näher an die CDU als an die FDP heranbewegen, wenn es um die Zügelung von Marktkräften und die Wertbindung der Wissenschaft geht.

Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zeigt deutlich, wie abgegrenzt das Milieu und die politischen Konzepte der Grünen nach wie vor sind (vgl. Forsa 2001). Wenn ihre Partei nicht zur Wahl stünde, würden von den FDP-Wählern nur sieben Prozent den Grünen ihre Stimme geben; von den Grünen-Wählern würden neun Prozent die FDP wählen. Es sieht also nicht danach aus, als würden sich die Kreise der jeweiligen Partei-Sympathisanten stark überschneiden. Dies ist höchstens bei den Wechselwählern der Fall, deren Neigungen aber viel schwerer auszuloten sind.

Die Wähler der Grünen geben ein eindeutiges Bild ab. Der überwiegende Teil von ihnen bewertet Ökologie und Selbstverwirklichung als sehr hoch, wogegen sie Ordnung und marktwirtschaftlichen Prinzipien keinen hohen Stellenwert zumessen. Genau umgekehrt ist es bei den Anhängern der FDP. Von den derzeitigen Anhängern der FDP hat nur jeder zehnte schon einmal bei einer Wahl den Grünen seine Stimme gegeben. Etwas besser sieht es bei den Grünen-Anhängern aus, unter denen immerhin jeder Fünfte auch schon einmal FDP gewählt hat. Die Grünen erfahren viel Sympathie von SPD- und PDS-Anhängern, wenig dagegen von der CDU. Genau anders sieht es bei der FDP aus. Die Sozialforschung zeigt, dass die pressetauglichen Thesen, die Grünen würden die FDP beerben, keine programmatische oder wahlsoziologische Basis haben. Dass es zwischen beiden einen ständigen Kampf um den „dritten“ Platz hinter SPD und CDU gibt, ist ein Allgemeinplatz. Allerdings hat dieser Kampf zumindest bei den Grünen dafür gesorgt, dass die Partei sich stärker für Wahlkämpfe professionalisiert und sich damit weiter den älteren Parteien annähert.

Die Wahl-Schlappe von 1990 haben Bündnis 90/Die Grünen jedenfalls bald wieder wettgemacht, zumindest auf der Bundesebene. Mittlerweile sind sie auch wieder in allen westdeutschen Landtagen vertreten, während sie in Ostdeutschland aus allen Länderparlamenten rausgewählt worden sind. Doch auf der Bundesebene reichte es 1994 sogar schon wieder zu 7,9 Prozent, woran sich unter anderem auch ablesen lässt, wie wichtig Erfolge auf der Landesebene für den bundespolitischen Einfluß von Parteien ist. Die Grünen konnten sich damit als Gewinner in den Medien präsentieren, neue personelle Kapazitäten errichten und auch ihre Anteile an der staatlichen Parteienfinanzierung ausbauen, was wiederum die eigene Wahlkampf-Fähigkeit steigert.

Genau genommen traten die Grünen jedoch nicht als wirkliche Sieger in die Bundesregierung ein, dafür war ihr Ergebnis von 6,7 Prozent zu schlecht, gerade im Vergleich zum fulminanten Abschneiden der SPD, und außerdem weniger als bei der letzten Bundestagswahl 1994. Deutlich war nur, dass die amtierende Regierung verloren hatte, nicht aber, dass die Grünen gewonnen hatten. Die Grünen können sich immer weniger auf Stammwähler verlassen. Vor allem die ganz jungen Wählerinnen und Wähler sind keine sichere Bank mehr; in dieser Generation wächst auch die Zahl der Nicht-Wähler stark an.

Von den drei kleineren Parteien entspricht nur die PDS dem Typus einer Mitgliederpartei. Diese beschränkt sich allerdings nahezu ausschließlich auf den Osten Deutschlands und ist stark überaltert. Zwar ist der Mitgliederstamm von gut 200.000 im Jahr 1990 auf 90.000 im Jahr 1998 weggeschnitten worden und erreicht damit ein Level, das nicht weit über dem der FDP (70.000), aber immerhin noch deutlich über dem der Grünen (50.000) liegt. Doch da sich diese Mitgliedschaft auf die viel kleineren ostdeutschen Bundesländer konzentriert, kann man mit Recht von einer ostdeutschen Mitgliederpartei sprechen. Beschränkt auf Ostdeutschland hat sich die PDS mittlerweile sogar das Etikett einer regionalen „Volkspartei“ verdient. Seit 1990 hat sich die Wählerschaft der PDS praktisch verdoppelt und liegt seit 1994 bei rund 20 Prozent (vgl. Neu 2000). Doch entscheidender als diese Gesamtzahl sind die Ergebnisse in einzelnen Wählergruppen. In allen Altersgruppen ist der Anteil der PDS-Wähler ähnlich wie ihr Anteil an der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt. Auch die berufliche Herkunft der Wähler ist interessant. Anders als zu vermuten liegt der Arbeiteranteil eher unter dem Durchschnitt, wogegen Angestellte und vor allem höhere Angestellte überrepräsentiert sind. Insgesamt jedoch streut die Wählerschaft der PDS gleichmäßig über fast alle Bevölkerungsgruppen. Das alleine könnte die Partei schon als großen Erfolg für sich verbuchen.

Doch die Wahlergebnisse in den westdeutschen Bundesländern und Kommunen sind nach wie vor extrem bescheiden. Hier muß die Partei auf ein Reservoir ehemaliger DKP-Mitglieder, Grünen, einiger SPD-Dissidenten, aber auch Linksextremisten zurückgreifen, um Kandidaten aufbieten zu können. 1998 schaffte die Partei nur in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen knappe 2,5 Prozent, in allen anderen Bundesländern krebste sie um die 1-Prozent-Marke herum. Ein Prozent im Westen im Vergleich zu 20 Prozent in Ostdeutschland: Schon rein statistisch betrachtet wird offenkundig, dass wir es mit einer regionalen Partei zu tun haben. Und ohne „Stars“ wie Gregor Gysi regionalisiert sich die PDS noch weiter als bisher.

Außerdem droht sie sich zunehmend mit sich selbst zu beschäftigen. Denn mögliche weitere Koalitionen mit der SPD verlangen danach, eine ausgiebige Debatte über die eigene Vergangenheit als SED zu führen, ohne die Partei zu spalten.

6. Unter Nachbarn: Programmatischer Wettbewerb in einer Koalitionsrepublik

Welche Dynamik haben die drei kleineren Parlamentsparteien im Parteiensystem der 90er Jahre entfacht? Es macht kaum Sinn, dabei die Parteien einzeln betrachten zu wollen, denn ihre Wirkung erzielen sie jeweils mit Blick auf ihre kleineren Konkurrenten und die möglichen großen Koalitionspartner.

Die FDP begann erst nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 damit, das Koalitionfeld neu zu beackern. Als Oppositionspartei versucht sie seitdem, zwischen Kooperation und Konkurrenz zu pendeln. Doch zuvor war die Partei sehr nah an den Abgrund gerückt. Diese tiefste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik entfachte neue innerparteiliche Konflikte, die um zwei Themen kreisten: Was sind die wichtigsten programmatischen Ziele, und mit wem wollen wir sie umsetzen? Für viele innerhalb der Partei gingen die Konzessionen an die CDU/CSU ans Eingemachte (vgl. Dittberner 2000). Das strukturelle Problem der FDP liegt offen zutage: Für kernliberale Positionen gibt es in der Bundesrepublik wie in vielen anderen europäischen Ländern kaum nennenswerte Anteile an Wählerstimmen. Populär sind liberale

Positionen etwa beim Thema Innere Sicherheit ohnehin nicht. Programmatisch betrachtet kann eine liberale FDP keine populistische Protestpartei sein, strategisch betrachtet muß sie es sein, um die Wähler aus der Opposition heraus zu mobilisieren.

Wie wichtig zudem ein „soziales“ Profil auch für eine liberale Partei ist, zeigte die Diskussion um den Begriff der Besserverdienenden. In einem Land, in dem der Sozialstaat noch immer für die meisten Bürger Wärme ausstrahlt, kühlte die FDP damit nahezu auf den Gefrierpunkt ab. Fortan versucht die Parteiführung, dieses Image wieder loszuwerden. Für die FDP sind die Stimmenanteile in Ostdeutschland wichtig; aus rein strategischen Gründen wurde daher mit Cornelia Pieper eine ostdeutsche Politikerin zur neuen Generalsekretärin gewählt. Doch in Ostdeutschland braucht die Partei ein stärkeres soziales Profil, weil die Ansprüche an soziale Sicherheit dort noch viel ausgeprägter sind als im Westen Deutschlands.

Dies erhöht zugleich die Manövrierfähigkeit in Richtung SPD. In den 90er Jahren ist die FDP stets mit direkten oder indirekten Koalitionsaussagen zugunsten der CDU/CSU in den Wahlkampf gezogen. Auch hat sie immer auf Zweitstimmen aus diesem Lager gehofft. Inzwischen jedoch spekuliert die Parteiführung auf Wahlkämpfe ohne Koalitionsaussage, die allerdings ebenfalls ein Risiko bergen. Gerade die klar bürgerlich orientierten Wähler der FDP könnten bei ungewissem Koalitionskalkül komplett CDU wählen und damit die Chancen der FDP verringern. Ein entscheidender Punkt, der auch die nächste Dekade prägen wird, ist das Verhältnis zur PDS. Die FDP kann ihren SPD-kritischen Anhängern glaubhaft vor Augen führen, dass Koalitionen mit der SPD auch dazu beitragen, die PDS kleinzuhalten.

Insofern sind Positionen zur PDS in erster Linie taktischer Natur. Die Abgrenzung von den Grünen hingegen fällt schwerer. In gesellschaftspolitischen Fragen wie der Ausländerintegration, der Gleichstellungspolitik oder auch der Bildungs- und Sozialpolitik liegen die beiden sehr dicht zusammen. Selbst die Mittelstandsförderung beginnen die Grünen der FDP streitig zu machen. Dennoch ist die Wählerstruktur der beiden noch immer viel unterschiedlicher als es die programmatischen Gemeinsamkeiten suggerieren. Im Grunde kann also die FDP ebenso auf Unterstützung durch konservative SPD-Wähler hoffen, die den Grünen in der Regel kritischer gegenüberstehen als ein Großteil der SPD-Parteibasis. Da die SPD ihre neugewonnene Macht nur dann konservieren kann, wenn sie eher konservativ gesinnte Wechselwähler à la Neue Mitte an sich bindet, kommen ihr mögliche Koalitionen mit der FDP gerade recht.

Doch in den 90er Jahren ist die FDP in den Bundesländern ausgeblutet und hat sich koalitionär verengt. Beides hängt miteinander zusammen. Schon einmal war das Bildungsthema – neben der Ostpolitik – der Schmierstoff, der FDP und SPD zur sozial-liberalen Koalition 1969 zusammengeführt hat. Dass Bildungspolitik nun wieder ganz oben auf der Agenda der FDP steht, kann nicht nur ein Zufall sein. Die Partei erweitert ihre Optionen und damit die Beweglichkeit des gesamten deutschen Parteiensystems.

Für Bündnis90/Die Grünen waren die 90er Jahre, die so ganz überraschend verlaufen sind, dennoch eine Phase der „Normalisierung“. Schon lange vor dem erstmaligen Eintritt in die Bundesregierung hatten die Grünen organisatorische Reformen eingeleitet, die den Sondertyp einer wenig professionalisierten und kaum strategisch vernetzten Partei dem Serienmodell der anderen Parteien angleichen sollte: 1991 wurden durch den Länderrat die Landesparteien in die Bundespolitik einbezogen. Dabei wurde für Mitglieder von Landtagsfraktionen sogar die Trennung von (parteipolitischem) Amt und (parlamentarischem) Mandat aufgehoben. Ein weiterer Schritt hin zu einer „normalen“ Partei war gemacht, zugleich aber auch die eigene Identität bedroht, denn Organisationsfragen waren für die Grünen immer auch Kultur- und Existenzfragen (vgl. Poguntke 1993).

Im Grunde wuchsen die Grünen erst in den 90er Jahren in den Parlamentarismus hinein, dessen Grundprinzipien sie früher mit der Idee von imperativen Mandaten oder dem Rotationsprinzip bewusst oder auch unwissend ignoriert hatten. Solche Vorstellungen waren mit einer Räterepublik kompatibel, nicht aber mit dem Repräsentationsdenken der

parlamentarischen Demokratie, in der das freie und durch Wahlen legitimierte Mandat des einzelnen Abgeordneten das Kernstück des Regierens darstellt.

Die immer noch so genannten „Parteisprecher“, von denen es bei den Grünen wegen der Frauenquote immer zwei geben muß, haben sich erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einem profilierten Gremium entwickelt, erst mit Renate Künast und Fritz Kuhn, dann mit Kuhn und Claudia Roth.

Doch für die Grünen blieb in den 90er Jahren die SPD der Fixpunkt, mit dem sie zum Teil in „babylonischer Gefangenschaft“ (Poguntke 1999) verbunden sind. Sich gegen die SPD, aber für eine Koalition mit ihr zu profilieren, ist die Daueraufgabe der Grünen gewesen. Die Ökologie klebt dabei den Grünen fast wie Pech auf der Haut. Noch immer vermuten die Bürger hier die meiste Kompetenz, doch mit Umweltpolitik allein gewinnt man keine Wahlen.

Dass die Grünen in der Steuer- und Finanzpolitik mittlerweile zu Anwälten des hart arbeitenden Bürgers mutiert sind, ja sogar zu Anwälten des Spitzenverdieners, dessen Steuersätze sie wesentlich stärker absenken wollten als die SPD, nützt ihnen politisch kaum etwas. Zum einen verkörpert Hans Eichel als sozialdemokratischer Finanzminister bislang nahezu ideal dieses Konzept und überstrahlt so die parlamentarischen Experten der Grünen. Zum anderen hat einer der größten Erfolge der Regierungsgrünen, nämlich die Einführung der Ökosteuern, ihnen ein großes Dilemma beschert. Im Grunde ist diese Steuer ein durch und durch marktwirtschaftliches Instrument, mit dem die Grünen sich vom Image der öffentlichen Dienst- und Lehrerpartei emanzipieren könnten. Doch in der Öffentlichkeit entstand, zusammen mit den Erinnerungsfetzen an die 5-Mark-Benzinpreis-Diskussion, ein ganz anderes Bild: Die Grünen wollen weiter Geld kassieren, um den Bürgern in volkspädagogischer Absicht gute Manieren beizubringen.

Außerdem verhindert die Prominenz der Ökosteuern, dass die Kompetenzen der Grünen auf anderen Gebieten sichtbar werden. Die gewonnenen Regierungsämter waren eine schlechte Wahl. Das Umweltministerium brachte nur das ohnehin erwartete, aber zunehmend ungeliebte Öko-Etikett mit sich, im Außenministerium kann man keine grüne, sondern nur deutsche Außenpolitik ohne Rücksicht auf Radikalpazifismus machen, und das Gesundheitsministerium ist mit das gefährlichste Ressort, in dem man sich kaum erfolgreich profilieren kann. Und auch der neue Grünen-Star Renate Künast als Verbraucher- und Landwirtschaftsministerin ist einer schnelllebigen Konjunktur ausgeliefert. Sobald die Verbraucher die BSE-Krise vergessen haben – und das geht schnell – werden die Widerstände der Interessengruppen wieder stark wachsen.

Da sich Regierungsparteien kaum programmatisch profilieren können, stehen die Grünen in der Gefahr, ähnlich wie zuvor die FDP nicht mehr als eigene politische Kraft wahrgenommen zu werden. Der Vorteil, den die Grünen aus der Regierungsbeteiligung ziehen, ist eher organisatorischer als programmatischer Natur. Die notwendige Handlungsfähigkeit als Koalitionspartner beschleunigt bei den Grünen den Prozess der Professionalisierung ihrer Strukturen. Auch wenn Kritiker dies beklagen, weil die Grünen damit ihre basisdemokratische Tradition schleifen, erhöht es die strategische Kompetenz der Partei (vgl. Raschke 2001).

Doch für den Wettbewerb im Parteiensystem bringt ihnen dieser zentrale Wandel der 90er Jahre nicht viel. Anders als die im Prinzip zu beiden großen Volksparteien offene FDP können sich Öffentlichkeit und auch die Partei selbst nicht wirklich ein Bündnis mit der CDU vorstellen, und zwar aus inhaltlichen und kulturellen Gründen. Wenn außerdem die FDP gesellschaftspolitisch konservative Positionen der CDU oder sozialstaatlich expansive Vorstellungen der SPD liberal abpuffern kann, so fragen sich die Wähler, was die Grünen bei der SPD eigentlich „korrigieren“ wollten, zumindest auf der Bundesebene. Die durchaus vorhandenen Unterschiede in der Sozial-, Steuer- oder Bildungspolitik werden nicht wahrgenommen, weil beide Parteien als programmatisch zu nah beieinander gelten. Umweltpolitik – die aber auch längst von den beiden großen Parteien integriert worden ist –

drängte die Grünen wieder in ihre strategisch unerwünschte Rolle als reine Öko-Partei. Während also die Handlungsfähigkeit der Grünen in den 90er Jahren stark gewachsen zu sein scheint, warten die größeren Herausforderungen im programmatischen Wettbewerb.

Und in den hat sich in Nachbarschaft zu den Grünen nun auch die PDS eingereiht. An ihrer Programmatik ist deutlich zu sehen, was die Partei von den Grünen abgeschaut hat, um auch im Westen reüssieren zu können. In der Außen- und Verteidigungspolitik versucht die PDS, pazifistische und NATO-kritische Positionen zu beziehen, die durch die Regierungsbeteiligung der Grünen vermeintlich verwaist sind. In der Umweltpolitik verlangt sie mehr gesetzliche Regelungen, die im Detail aber etatistischer ausfallen als bei den Grünen. In puncto Innere Sicherheit wiederum geben sich die Demokratischen Sozialisten äußerst liberal und warnen vor dem Polizeistaat. Als ehemalige Organisatorin der Staatssicherheit in der DDR bietet die PDS damit jedoch eine weiche Flanke für politische Angriffe. Außerdem neigen ihre Anhänger relativ stark zu Recht und Ordnung als politischen Grundprinzipien, so dass sich hier ein heikles Feld auftut.

Sozialstaatlich rangiert die PDS mit ihrer stark auf staatliche Sicherung setzenden Philosophie ein ganzes Stück links von den Grünen, die mittlerweile Eigeninitiative und zusätzliche private Lösungen favorisieren. Stärkere Nähe entsteht in der Frage direktdemokratischer Innovationen wie Bürgerentscheiden und Volksbegehren, die sowohl die Grünen als auch die PDS befürworten.

Die beiden letzten Punkte – Ausbau der Sozialstaatlichkeit und Stärkung direktdemokratischer Elemente – zielen auf die andere politische Kultur in Ostdeutschland ab. Von Beginn der Wiedervereinigung an drängte ein größerer Teil in den neuen Bundesländern auf sozialstaatliche Expansion sowie auf eine unmittelbare Beteiligung der Bürger als Antwort auf die parteipolitische Bevormundung in der DDR (vgl. Alemann/Strünck 1999). Auf diese markant unterschiedlichen Einstellungsmuster in Ost und West hat sich die PDS programmatisch eingestellt und fügt somit dem inhaltlichen Wettbewerb auf der Bundesebene eine neue Facette hinzu.

Zumindest in den ostdeutschen Bundesländern hat die PDS den Grünen ihre einstige Monopolstellung als Mehrheitsbeschafferin jenseits der bürgerlichen Linien streitig gemacht. Und in der Bundespolitik erzeugt die PDS als einzige parlamentarische Partei „Druck von links“ auf die SPD. Doch der Spagat als Regierungspartei in den neuen Bundesländern – auf Länderebene und in den Kommunen – und als Protestpartei auf Bundesebene schmerzt allmählich. Je mehr sich Teile der Partei für weitere Regierungsbeteiligungen entscheiden, desto unglaubwürdiger wird die Rolle als Fundamentalopposition, die der marxistische Flügel für die PDS reserviert sehen möchte. Die 90er Jahre haben diesen Widerspruch vertieft. In den kommenden Jahren wird die PDS in die gleiche Klemme geraten wie vor ihr schon die Grünen: Regieren oder Opponieren? Was innerhalb eines parlamentarischen Systems keine fundamentale, sondern eine situative Frage für alle Parteien sein sollte, setzt die PDS inhaltlich wie strategisch unter großen Druck.

An der PDS wird sich ein typischer Wandlungsprozess in wenig segmentierten Parteiensystemen beobachten lassen: die programmatische, aber auch organisatorische Veränderung durch Regierungsbeteiligungen. Parteien beeinflussen Regierungspolitik, aber Regierungspolitik beeinflusst auch Parteien. Im Fall der PDS kommt noch die Besonderheit hinzu, dass wegen der zum Teil offen anti-parlamentarischen und systemoppositionellen Töne einiger Funktionäre die Partei weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Dadurch schlüpft sie in eine problematische Zwitterrolle: Hier die staatslenkende und legitimierte Führungsschicht, dort ein stark systemkritischer Funktionsunterbau. Als Märtyrer wie manche rechtsextremistischen Parteien kann sich die PDS jedoch nicht stilisieren, schließlich verfügt sie durch ihre parlamentarischen Mandate und Regierungsämter über starke staatliche Ressourcen und ist vielfach in politischen Entscheidungen eingebunden.

Wie sehr in Zukunft die Partei selbst vom Parteienwettbewerb verändert wird, hängt aber von den Strategien der anderen Parteien ab. Ob sie ausgrenzen oder eher durch Beteiligung „entzaubern“ wollen, prägt das Rollenrepertoire der PDS entscheidend mit. Egal, wie interessant oder uninteressant die PDS für die Wähler erscheinen mag, die wirklich spannende Frage stellt sich im Rahmen des Parteiensystems und seiner Rollenverteilung. Erst wenn man dessen Dynamik berücksichtigt, lassen sich die Funktionen der einzelnen Parteien wirklich verstehen.

Die 90er Jahre haben das deutsche Parteiensystem grundsätzlich erneuert, was sich schon in den 80er Jahren mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag angekündigt hatte. Auch die Bundestagswahl 1998 zeigte noch einmal, dass das System zunächst etwas stärker fragmentiert und polarisiert worden war. Doch gerade mit den Regierungsbeteiligungen von Grünen und PDS steigen die Koalitionsoptionen, und mit der wachsenden Zahl von Wechselwählern weichen die Blöcke auf. Volatilität der Wähler ärgert die Wahlkampf-Strategen. Aber ist es denn so etwas unerhört Schlimmes, wenn der Wähler die Partei an ihrer Tagesform, an ihrer konkreten Politik misst? Das Parteiensystem ist nicht umgekrempelt, sondern renoviert worden (vgl. Niedermayer 1999). Die neuen Räume für politischen Wettbewerb wirken dadurch nun größer. Das kann der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik nicht schaden.

Literatur

- Alemann, Ulrich von (1999): Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer? In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl, Opladen, 37-62.
- Alemann, Ulrich von (2000): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Alemann, Ulrich von/Strünck, Christoph (1999): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 109-126.
- Dittberner, Jürgen (1997): Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung. Opladen.
- Dittberner, Jürgen (2000): Die F.D.P. an der Schwelle zum neuen Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B/5, 30-38.
- Forsa GmbH (2000): FDP und Grüne: Sympathien, Meinungen und Einschätzungen der Wahlbürger in Deutschland. Mskr. Berlin.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (1996): Die F. D. P. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt.
- Moreau, Patrick (1992): Die PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen. Opladen.
- Neu, Viola (2000): Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen. Zukunftsforum Politik, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin.
- Neugebauer, Gero (2000): Die PDS zwischen Kontinuität und Aufbruch. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B/5, 39-46.
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (1996): Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen.
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (1999): Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, 119-140.
- Niedermayer, Oskar (1997): Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, 106-130.
- Niedermayer, Oskar (1999): Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems? In: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, 9-35.
- Poguntke, Thomas (1993): Alternative Politics. The German Green Party. Edinburgh.
- Poguntke, Thomas/Schmitt-Beck, Rüdiger (1994): Still the Same with a New Name? Bündnis90/Die Grünen after the Fusion. In: German Politics, 3, 91-113.
- Poguntke, Thomas (1999): Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, 83-101.
- Raschke, Joachim (Hrsg.) (1993): Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind. Köln.
- Raschke, Joachim (2001): Die Zukunft der Grünen. Frankfurt am Main.
- Rowold, Manfred (1974): Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik. Düsseldorf.
- Smith, Gordon (1991): In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance. In: Ferdinand Müller-Rommel/Geoffrey Pridham (Hrsg.): Small Parties in Western Europe. Comparative and National Perspectives. London u.a., 23-40.
- Soe, Christian/Vorländer, Hans (1987): Der Kampf um Überleben und Einfluß. Rolle und Funktion der FDP in der westdeutschen Politik. In: Hans Vorländer (Hrsg.): Verfall oder

- Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus. München, 173-190.
- Stöss, Richard (1975): Terra Incognita der Parteienforschung: Splitterparteien in der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 6, 254-265.
- Stöss, Richard (1997): Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im „Superwahljahr“ 1994, Opladen.
- Strünck, Christoph (2000): Agenten oder Agenturen? Amerikanische und deutsche Parteien in vergleichender Perspektive. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik, Trans-portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 199-220.
- Veen, Hans-Joachim (1995): Zwischen Rekonzentration und neuer Diversifizierung. Tendenzen der Parteientwicklung fünf Jahre nach der deutschen Einheit. In: Winand Gellner/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen. Frankfurt am Main, 117-133.
- Vorländer, Hans (1995): Die FDP nach der Bundestagswahl 1998: Koalitionspartei im Wartestand? In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, 103-118.
- Wiesenthal, Helmut (2000): Profilkrise und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B/5, 22-29.

Prof. Dr. Ulrich von Alemann lehrt Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. Christoph Strünck ist wissenschaftlicher Assistent für Politikwissenschaft am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.